



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 30.09.2013

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:35 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Aßfalg

Herr Stadtrat Bode

Herr Stadtrat Braig

Herr Stadtrat Brenner

Herr Stadtrat Deeng

Frau Stadträtin Drews

Herr Stadtrat Etzinger

Herr Stadtrat Funk

Frau Stadträtin Goeth

Herr Stadtrat Hagel

Frau Stadträtin Handtmann

Herr Stadtrat Heinkele

Herr Stadtrat Herzhauser

Herr Stadtrat Hummler

Herr Stadtrat Kolesch

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Lemli

Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Dr. Schmid

Frau Stadträtin Sonntag

Herr Stadtrat Späh

Herr Stadtrat Walter

Herr Stadtrat Weber

Herr Stadtrat Zügel

Ab TOP 3

entschuldigt:

Herr Stadtrat Dr. Compter
Frau Stadträtin Kapfer
Herr Stadtrat Keil
Herr Stadtrat Rieger

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt Bis TOP 8
Herr Buchmann, Kulturamt
Frau Buchwald, Wielandstiftung
Frau Christ, Stadtplanungsamt Bis TOP 10
Frau Fürgut, Assistenz Oberbürgermeister
Herr Kopf, Hochbauamt Bis TOP 7
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Mildenberger, Hochbauamt Bis TOP 7
Herr Simon, Hauptamt
Frau Spieler, Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Ab TOP 11
Herr Walz, Gebäudemanagement
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Gäste:

Herr Heinzel, Jugend Aktiv Bis TOP 7
Herr König, Jugend Aktiv Bis TOP 7
Herr Buckenmaier, Feuerwehr Bis TOP 7

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Behandlung der Tagesordnung	
2.	Bürgerfragestunde	
3.	Ausscheiden von Herrn Peter Rieger aus dem Gemeinderat - Feststellung über das Vorliegen eines wichtigen Grundes -	156/2013
4.	Nachrücken von Herrn Reinhold Hummler in den Gemeinderat - Feststellung über das Vorliegen von Hinderungsgründen -	155/2013
5.	Verpflichtung von Stadtrat Reinhold Hummler	
6.	Neubildung von Gremien infolge des Ausscheidens von Herrn Stadtrat Peter Rieger aus dem Gemeinderat	157/2013
7.	Neubau Jugendhaus - Ergebnis der Mehrfachbeauftragung, Auswahl eines Architekten	164/2013
8.	Roter Bau: Sanierung durch die Stadt Biberach zur Archivnutzung	146/2013 - 1
9.	Änderung des Bebauungsplanes "Hagenbuch" im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB a) Prüfung der bei der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen b) Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB	152/2013
10.	"Preisgünstiges Wohnen" im Baugebiet Hochvogelstraße	158/2013
11.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Mittelbergstraße 5 - 9"	161/2013
12.	Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach zum 30.06.2013	153/2013
13.	Bekanntgaben - 10 Jahre StR Lemli	
14.1.	Verschiedenes - Anträge der CDU-Fraktion	
14.2.	Verschiedenes - Bahnübergang Hans-Liebherr-Straße	
14.3.	Verschiedenes - Malecke im Rathaus	

Die Mitglieder wurden am 20.09.2013 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 25.09.2013 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Behandlung der Tagesordnung

OB Zeidler wirft die Frage auf, ob zu Tagesordnungspunkt 11 – Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach – Fragen an Frau Leonhardt bestünden. Für diesen Fall würde der Punkt vorgezogen, da Frau Leonhardt einen Anschlusstermin wahrnehmen müsse.

Da nicht mit Fragen zu rechnen ist, wird die Reihenfolge der Tagesordnung nicht verändert.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Es sind keine Bürger anwesend, die Fragen stellen möchten.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 156/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im im Hauptausschuss am 19.09.2013.

OB Zeidler führt aus, man werde Herrn Rieger auch in seiner Abwesenheit verabschieden. Er habe an der Verabschiedung nicht mitwirken möchten. Er geht auf die Gemeinderatstätigkeit StR Riegers in den Jahren 2004 bis 2013 ein, nennt seine Mitgliedschaften und meint, StR Rieger habe das Amt mit viel Engagement ausgeübt. Die Freien Wähler und das Thema Radmobilität seien ihm wichtig, was er auch in seinem OB-Wahlkampf gemerkt habe. StR Rieger sei auch schriftstellerisch tätig. Er spricht ihm Dank für seinen Einsatz und sein Engagement aus und stellt fest, ein Gemeinderat funktioniere nur mit engagierten Mitgliedern, die ihre Aufgabe ernst nähmen.

Es wird applaudiert.

Für die Freien Wähler führt StR Zügel aus, er wolle in Absprache mit seiner Fraktion ein paar Worte äußern, da StR Rieger fast seine gesamte Amtszeit mit ihm als Fraktionsvorsitzendem verbracht habe. Er habe die Fraktionsarbeit immer aktiv begleitet und die Freien Wähler besonders in Wahlkampfzeiten durch tatkräftige und praktische Hilfen unterstützt. Da die Freien Wähler über keine Parteiorganisation mit vielen Helfern verfügten, seien derartige Hilfen wichtig. StR Rieger habe immer versucht, den Belangen seiner Wähler, die ihm zweimal mit überzeugenden Stimmzahlen das Vertrauen geschenkt hätten, gerecht zu werden. Als Beispiel nennt er seinen Einsatz als ehemaliges Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr für den Neubau des Feuerwehrgebäudes sowie die Wegverbindung zwischen Kapuzinerstraße und dem Penny-Markt. Er bezeichnet die Zusammenarbeit mit StR Rieger als sehr kooperativ und kollegial. Er habe sich gut ins Team eingefügt. Wie jede Persönlichkeit habe er Ecken und Kanten gehabt, die eine Persönlichkeit ausmachten. Leider habe er mit seinem Beitrag in Facebook einen groben Fehler gemacht, habe aber die Konsequenzen gezogen und sei aus der Fraktion und dem Verein der Freien Wähler ausgetreten. Dadurch habe er Reinhold Hummler die Möglichkeit zum Nachrücken gegeben, wofür ihm die Freien Wähler Respekt zollten. Die FW-Fraktion bedanke sich für die 9jährige Zusammenarbeit bei Peter Rieger und wünsche ihm für die Zukunft alles Gute.

Es wird applaudiert.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Antrag von Herrn Peter Rieger, aus dem Gemeinderat der Stadt Biberach auszuscheiden, wird entsprochen.

**TOP 4 Nachrücken von Herrn Reinhold Hummler in den Gemeinderat
- Feststellung über das Vorliegen von Hinderungsgründen -**

155/2013

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 155/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 19.09.2013.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Es wird nach § 29 Abs. 5 der Gemeindeordnung (GemO) festgestellt, dass bei Herrn Reinhold Hummler kein Hinderungsgrund für den Eintritt in den Gemeinderat der Stadt Biberach vorliegt.

TOP 5 Verpflichtung von Stadtrat Reinhold Hummler

OB Zeidler begrüßt Herrn Hummler erstmals im Gremium. Er äußert seine Freude darüber, dass der Rektor außer Dienst in einer sehr spannenden Phase in den Gemeinderat eintrete, insbesondere was das Thema Bildung betreffe, dem man hohen Stellenwert beimesse. Reinhold Hummler sei verheiratet, habe drei erwachsene Kinder und trete für die Freien Wähler in den Gemeinderat ein. Bis 2010 sei er Rektor des Pestalozzi-Gymnasiums gewesen. Er sei Mitglied der Schützendirektion und in verschiedenen Vereinen aktiv. Ehemalige Schüler bezeichneten ihn als sympathischen Schulleiter, Kollegen schätzten seine Flexibilität, seine freundliche, überzeugende Haltung und dass er mit Sachargumenten überzeuge. Dies seien alle Eigenschaften, die im Gemeinderat nützlich seien.

Dann geht OB Zeidler zu Herrn Hummler. Er liest ihm folgende Verpflichtungsformel vor: "Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Stadt Biberach gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern."

Herr Hummler spricht sie nach und beendet sie mit: "So wahr mir Gott helfe."

OB Zeidler bekräftigt die Verpflichtung per Handschlag.

StR Hummler dankt für die positive Einführung und den Kollegen für die positiven Rückmeldungen, die er erhalten habe. Er freue sich auf die Zusammenarbeit.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 157/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im im Hauptausschuss am 19.09.2013.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

1.1 Infolge des Ausscheidens von Herrn Rieger aus dem Gemeinderat sind Gremien neu zu bilden. Für die Freien-Wähler-Fraktion werden folgende ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder bestellt:

Gremium	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
Hauptausschuss	Marlene Goeth Reinhold Hummler	Dr. Hans-Joachim Compter Ulrich Heinkele Friedrich Zügel
Bauausschuss	Dr. Hans-Joachim Compter Ulrich Heinkele Friedrich Zügel	Marlene Goeth Reinhold Hummler
Hospitalrat	Marlene Goeth Ulrich Heinkele Reinhold Hummler	Dr. Hans-Joachim Compter Friedrich Zügel
Umlegungsausschuss	Ulrich Heinkele	Dr. Hans-Joachim Compter Marlene Goeth Reinhold Hummler Friedrich Zügel
Gemeinsamer Ausschuss Verwaltungsgemeinschaft Biberach	Marlene Goeth Reinhold Hummler Friedrich Zügel	Dr. Hans-Joachim Compter Ulrich Heinkele
Verbandsversammlung AZV Riss	Marlene Goeth Ulrich Heinkele	Dr. Hans-Joachim Compter Friedrich Zügel

1.2 Die übrigen ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder werden wiederbestellt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 164/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 23.09.2013. Das Jugendparlament stimmte in seiner Sitzung am 25.09.2013 ebenfalls zu.

OB Zeidler äußert sich wie folgt: "Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderats, liebe Mitglieder des Jugendparlaments, liebe interessierte Jugendliche und Öffentlichkeit, mit dem heutigen Beschluss wird es dann wohl ernst in Sachen "Neubau Jugendhaus". Was in dieser Stadt fast jahrzehntelang für eine Fata Morgana gehalten wurde, existiert nun zumindest auf dem Papier. Ich hoffe, nach einer erfolgreich verlaufenen Bauzeit dann auch in der Realität. Die Haushaltsmittel hierfür sind im kommenden Jahr seitens der Stadtverwaltung "eingepreist", wie man so schön sagt.

Zwei interessante Dinge treffen zeitnah aufeinander: Die letzte Sitzung des JuPa vergangene Woche und unser heutiger Beschluss. Ich darf Ihnen von dieser letzten Sitzung berichten, dass man mit großer Freude und auch Dankbarkeit im JuPa unseren Vorschlag mitträgt. Und trotzdem ist das Projekt und der Weg bis hierher zu wichtig für die Stadt, um gleich zur Tagesordnung überzugehen. Ich bin Ihnen allen dankbar, dass Sie bereits im vergangenen Jahr dieses Projekt auf die Agenda gesetzt und auf den Weg gebracht haben, denn ich glaube, jedes Warten, jedes Zögern hätte den Unmut befeuert und darüber hinaus auch ein Unverständnis mit sich gebracht. Insofern springe ich quasi auf einen bereits fahrenden Zug auf. Wenn wir in Biberach den Anspruch haben, unserer Jugend helfen zu wollen, ihr unter die Arme zu greifen, dann müssen wir ihr auch Räume schaffen, wo sie sich wohlfühlen kann und geborgen weiß; das als einen Anspruch an dieses Haus.

Sie wissen, dass ich in diesen ersten Monaten ziemlich viel auf Achse bin. Wenn ich mit Jugendlichen ins Gespräch komme, ist man mir gegenüber sehr - sagen wir mal - unkompliziert unterwegs. Wenn ich dann mit Jugendlichen rede und frage: wohin geht's? Dann geht es insbesondere auf Grünflächen, wo man unter sich ist. Mir gegenüber wird bemängelt, dass man keinen offenen Jugendtreff hat. Man erkennt aber auch das durchaus intensive Vereinsleben, das Biberach bietet. Beides muss übrigens nicht in Konkurrenz zueinander stehen.

Wir dürfen uns übrigens nicht nur auf die Schultern klopfen, dass wir dieses Projekt miteinander auf den Weg bringen, sondern auch, wie wir den Beteiligungsprozess hierzu aufgegleist haben. Man darf aus Biberacher Sicht sicherlich stolz darauf sein, wenn man vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend als ein herausragendes Beteiligungsprojekt vorgestellt wird. Darüber hinaus wird dieser Prozess in vielen Publikationen veröffentlicht. Das ist Beispiel gebend, und man wird sich dies bei weiteren Beteiligungsprozessen gerne wünschen. Allen Jugendlichen, die sich über Facebook - und das waren insgesamt 870 Mitglieder - beteiligt haben, auch an dieser Stelle meinen herzlichen Dank und die Bitte, das Projekt auch weiter zu verfolgen und zu begleiten.

Dieser Jugendtreff, er wird nicht nur für Jugendliche entstehen, sondern vor allem gemeinsam mit ihnen. Mir persönlich war es eine Freude zu sehen, wie sehr sie sich mit ihren Ideen eingebracht und dabei nicht nur Wunschlisten aufgestellt haben, sondern auch intensiv über Vor- und

Nachteile sowie Machbarkeiten diskutiert haben. Ich glaube, ich muss das vor Ihnen nicht weiter ausführen, welchen großen Vorteil es hat, die späteren Nutzer in die Planungen zum Bauprozess einzubinden. So wird diese Einrichtung zu ihrem Treff, mit dem sie sich identifizieren können, einen ganz anderen Zugang finden und sich auch verantwortlich fühlen. Dazu kommt das Erfolgserlebnis, etwas in die Tat umgesetzt zu haben und dabei zu erleben, welche Fähigkeiten, sprich Kompetenzen, selber eingebracht werden können.

Ich muss leider etwas Wasser in den Wein gießen: Zur Zukunft des JuPa: Letzte Woche Donnerstag fehlte noch ein Bewerber, um das JuPa neu besetzen zu können. Ich glaube, es wäre fatal, wenn das JuPa, das im Jahr 2006 den Bau eines Jugendhauses angeregt hat, hier und jetzt endet. Liebe Jugendliche in Biberach: Die spannende Phase kommt erst noch! Wir wollen das Haus auch mit Euch weiter entwickeln, mit Euch beleben und mit Euch gemeinsam betreiben. Dafür ist das JuPa ein wichtiges Sprachrohr.

Und: wir haben noch weitere Themen für junge Menschen auf der Agenda. Das Jugendhaus ist nur ein Baustein, aber trotzdem sicherlich der Meilenstein, auf dem Weg zu einer Stadt, die die Anliegen der jüngeren Generation annimmt und versucht umzusetzen. Folgende Ideen und Ansätze werden von uns beackert – verstehen Sie das als eine Ideensammlung, die zum Teil aber auch schon in konkreteren Bahnen besprochen und diskutiert wird: "Freiräume" für Jugendliche – Plätze sich zu treffen – hier einmal unter dem Stichwort "Grillen und Chillen" diskutiert. Gespräche mit Betreibern und evtl. Investoren zum Thema "Discothek". Jugendkultur – Kulturdezernat – beauftragt von Ihnen das Thema Jugendkultur auf die Agenda zu setzen. Ich weiß, dass Dr. Riedlbauer in seinem Dezernat hierzu einige Gespräche geführt hat und mit unserer Kreativabteilung auch einige Ansätze weiterverfolgt. Ein Gespräch mit den Wirten der Gaststätten und Kneipen der Innenstadt in Biberach ist für Anfang kommenden Jahres geplant, um weitere Entwicklungen und Problemlösungen zu besprechen. Inwiefern und da spiele ich den Ball dem Gesetzgeber zu, eine Sperrzeitenregelung von 22.00 Uhr noch zeitgemäß ist, das beurteilen Sie bitte jeder für sich. Gemeinden und Gerichte ziehen zur Beurteilung der Geräuschmissionen von Freiluftgaststätten die TA-Lärm in analoger Anwendung heran. Das bedeutet, dass Geräusche, die von Freiluftgaststätten ausgehen - also hauptsächlich menschliche Kommunikation - wie technischer Lärm gemessen werden. Es ist unhaltbar, Reden und Lachen genauso zu behandeln wie z.B. Bohren, Hämmern oder Sägen, und hierfür unreflektiert dieselben Maßstäbe bzw. Schwellen- und Grenzwerte zugrunde zu legen. Das Freizeit- und Konsumverhalten hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten grundlegend gewandelt. Vor allem in den Sommermonaten wollen die Gäste verstärkt draußen sitzen. Es besteht ein gesteigertes Bedürfnis der „Bürogesellschaft“ nach abendlicher kommunikativer Freizeitgestaltung im Freien. Diese Projekte sind nach dem Bau des Jugendhauses insbesondere mit Blick auf junge Erwachsene sehr wichtig. Nebenbei sollten wir mit Blick auf die Hochschule - wir haben ca. 2200 Studierende in Biberach - und die Veränderungen durch die Polizeireform – es werden zukünftig bis zu 660 junge Polizistinnen und Polizisten die ihre Ausbildung in unserer Stadt machen, zusätzlich in Biberach sein - miteinander dran bleiben, dass junge Menschen sich in unserer Stadt ebenfalls wohl und willkommen fühlen und ausreichend Freizeit- und Ausgelmöglichkeiten haben.

Nach diesem Exkurs zur "Jugendpolitik" zurück zum Jugendhaus: Ich darf mich ganz herzlich bei Herrn Bürgermeister Kuhlmann, Herrn Kopf und Herrn Mildenberger bedanken, die dieses Projekt mit großer Intensität und Spannung begleitet haben und weiterhin begleiten werden. Danke, dass man bereit war etwas Neues anzugehen – ich denke, es hat sich gelohnt. Dank den beteiligten Architekten. Die Arbeiten haben sich enorm weiterentwickelt, alle vier Arbeiten sind spannend und überlegenswert. Herzlichen Glückwunsch Frau Reck und ihrem Team!

Ich darf mich bei den Jugendlichen bedanken, die sich nicht nur virtuell und im Netz, sondern auch in der Arbeitsgruppe beteiligt haben. Das waren: Vom Jupa: Anna und Tabea Baur und Annelie Plachetka. Von der Initiative Jugendhaus: Jessica Babinski, Damla Sahin, Jonathan Schad und Madeline Walliczek.

Ich darf mich bei Herrn Heinzl/Jugend Aktiv herzlich bedanken für die konstruktive Begleitung dieser doch auch für Jugend Aktiv Jahrhundert-Maßnahme. Vielen herzlichen Dank. Ich freue mich auf die Stellungnahme von Jugend Aktiv, Herrn König."

Es wird applaudiert.

Herr König, Jugend Aktiv, startet den Versuch, das Gefühl, das er aus dem Bauausschuss mitgebracht habe, zu kommunizieren. Er dankt allen Beteiligten auch namens der Initiative pro Jugend. Auf dem Weg zum Projekt habe man interessante, erfolgreiche und zum Teil schwierige Jahre durchlebt. Er habe noch nie erlebt, dass der Gemeinderat eine Sondersitzung zu einem Thema der Jugendpolitik abgehalten habe, wie dies zum Jugendhaus geschehen sei. Er äußert sich begeistert, dass man in Biberach so aufgeschlossen für die Jugendarbeit sei. Man habe viel gelernt im Projekt beispielsweise im Rahmen der Jugendbefragung, die ein weiteres Highlight der Jugendarbeit gewesen sei. Gleiches gelte für die Planung mit der Initiative pro Jugend. Er dankt den Kollegen, insbesondere Andreas Heinzl, für den das Jugendhaus eine Herzensangelegenheit darstelle.

Es wird applaudiert.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der von der Fachjury und von den Jugendlichen am besten beurteilte Entwurf des Büros Christine Reck Architekten BDA wird realisiert. Die Architektin wird mit den weiteren Planungsleistungen beauftragt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 146/2013 - 1 zur Beschlussfassung vor.

EBM Wersch nimmt wegen möglicher Befangenheit auf der Verwaltungsbank Platz.

BM Kuhlmann führt ins Thema ein. Er bezeichnet den Roten Bau als Thema, das Biberach sehr bewege. Teile fänden ihn wunderbar, andere wollten seinen Abriss. Das Pro und Contra liege sehr weit auseinander. Er bezeichnet es als positiv, dass eine Perspektive entwickelt werden konnte. Ein Königsweg sei der aktuelle Vorschlag wegen der Nutzung, da die Grundstruktur des Gebäudes für ein Archiv sehr gut geeignet sei und nur geringe Eingriffe in die Substanz des Gebäudes erforderlich würden. Bei allen anderen Nutzungen wären umfangreichere Eingriffe erforderlich gewesen. Mit dem Haus der Archive werde man ein sehr imposantes, repräsentatives Gebäude für die Archive schaffen. Dies könne ein wichtiges Aushängeschild für die Archive sein. Auch für die Finanzierung habe man einen guten Weg gefunden, da man im Rahmen des Sanierungsgebiets Innenstadt-Ost 1,6 Mio. Euro Zuschuss in Aussicht habe. Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz gewähre ebenfalls einen Zuschuss, der in dieser Summe enthalten sei. Dies sei eine besondere Auszeichnung, da sich die Stiftung ihre Projekte aussuche, für die sie Zuschüsse erteile.

Der Rote Bau sei ein bedeutendes Gebäude für die Gründerzeit, die wesentliche Entwicklungsphase der Städte. In Biberach gebe es kaum bauliche Spuren aus dieser Zeit, aber neben der Gigelberghalle und einigen wenigen Gebäuden in der Stadt sei der Rote Bau eines dieser wenigen Gebäude. Sein Erhalt sei daher wichtig für die Geschichte der Stadt.

StR Kolesch führt aus, ein wichtiges Thema komme zum Ende. Die CDU-Fraktion sei sehr froh über die Vorlage. Sie biete eine Lösung für den Roten Bau, der als Gebäude erhalten werden könne und durch die Sanierung entstehe eine nachhaltige, sinnvolle Nutzung. Bis vor wenigen Jahren habe auch das Landesdenkmalamt noch nicht gewusst, wie das Gebäude einzustufen sei. Die Vorlage bringe auch eine Lösung für den Hospital als Gebäudeeigentümer. Das Gebäude werde für ihn saniert und er erhalte einen solventen Mieter und handle damit satzungsgemäß. Ferner finde man eine Lösung für das Stadtarchiv, was für die CDU-Fraktion ein sehr wichtiger Punkt sei. Das Archiv sei eine wichtige Institution, die oft im Verborgenen bleibe. Mit dieser Lösung biete sich für das Archiv eine Perspektive für die nächsten hundert Jahre. Er dankt Frau Maerker und den ehrenamtlich im Archiv Tätigen, dass sie die Zustände so lange mitgemacht hätten.

Ferner halte man mit dem Beschlussantrag eine Lösung für das Wieland-Archiv, das auch sehr am Herzen liege. Es sei zwar ordentlich untergebracht, aber isoliert und würde gerne Veranstaltungen anbieten. Daher sei man froh über die Zusammenlegung, die auch interessierten Bürgern zugute komme, die sich mit Archivmaterial versorgen wollten. Schließlich finde man eine Lösung für die Stadt, da durch den Sanierungszuschuss von der Stadt nur 2,7 Mio. Euro zu finanzieren seien. Entsprechende Kosten hätte sicher auch ein Neubau für die Archive gekostet. Bestehende Räume des Wieland-Archivs würden für die Verwaltungsnutzung frei. Die CDU-Fraktion sei immer dagegen gewesen, die Verwaltung im Roten Bau unterzubringen, da man für kurze Wege sei, was eine Ansiedlung der Verwaltung in der Innenstadt bedinge.

Die Bezeichnungen in der Vorlage seien etwas irreführend, da von einem Zwei-Standort-Modell gesprochen werde. Dies liege daran, dass Teile des Archivs am bisherigen Standort verblieben. Bei einer anderen Lösung hätte man weiterhin eine Trennung zwischen Stadt- und Wieland-Archiv

gehabt, was man als schlechtere Lösung empfände. Jetzt solle noch kein Dachgeschossausbau erfolgen, sondern erst wenn dieser benötigt werde.

StRin Kübler führt aus, der Rote Bau sei für die SPD-Fraktion schon immer erhaltenswert gewesen. Sie bezeichnet ihn als fast stadtbildprägend. Bereits unter Hospitalverwalter Loth habe die SPD-Fraktion Nutzungskonzepte zum Gebäudeerhalt eingefordert. Über Jahre sei jedoch nur halbherzig nach adäquaten Lösungen gesucht worden und der Rote Bau ein ungeliebtes Kind gewesen. Im Frühjahr 2012 sei die SPD initiativ geworden durch eine Podiumsdiskussion mit dem Landesdenkmalamt. Dadurch sei Bewegung in die Sache gekommen.

Der nun geplante Vorschlag erfülle zwei Forderungen: Die Sanierung des Roten Baus und mehr Platz für das Archiv, denn mitarbeiter- und bürgerfreundliche Arbeitsplätze seien dort überfällig. Ein Wermutstropfen sei, dass nicht die Nutzung erzielt werde, die man sich erhofft habe, nämlich ein offenes, lebendiges Haus, wie es von vielen Bürgern gewünscht worden sei.

Um zu vermeiden, dass viel Zeit zwischen den zwei Standorten des Archivs auf der Strecke bleibe, müsse eine gute Organisation gefunden werden. Sie wirft die Frage auf, ob nicht am falschen Ende gespart werde. Die Mehrkosten einer Ein-Standort-Lösung seien jedoch so drastisch dargestellt worden, dass die SPD-Fraktion keinen Antrag gestellt habe, da hierfür keine Mehrheit gesehen worden sei. Sie äußert die Hoffnung, dass im Dachgeschoss künftig eine Lösung im Sinne der Biberacher Bürger gefunden werde.

StRin Goeth zeigt sich namens der Freien Wähler erleichtert, dass sich eine sehr gute Lösung für den Roten Bau abzeichne. Ein Neubau für die Archive wäre vermutlich billiger gewesen, aber die Diskussion um den Roten Bau sei erhitzt und durch die Einbeziehung ins Sanierungsgebiet werde eine wirtschaftlich vertretbare Lösung möglich. Räume in der Innenstadt würden frei für andere Verwaltungsteile, die aus den Nähten platzten. Vielleicht könne man dann auch ein Bürgerbüro im Rathaus einrichten. Der Vorschlag beinhalte eine kleine Lösung mit der Option für einen späteren Ausbau. Sie spricht sich jedoch gegen eine Nutzung des Dachgeschosses im Roten Bau durch Bürger aus, da dies eine Gefahr für die Archivalien bedeuten würde. Sie mahnt, keine Maßnahme zeitlich zu sehr zu forcieren, da die Bauwirtschaft ausgelastet sei und die Baukosten entsprechend hoch. Alle Arbeiten, für die ein Gerüst erforderlich sei, solle man gleich erledigen, also auch die Dacharbeiten. Sie signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler und dankt allen Beteiligten, die seit Jahren nach einer Lösung gesucht hätten.

StR Dr. Schmid meint, ein Kulturdenkmal von hoher Güte sei in vielen Jahren vernachlässigt worden. Mancher habe schon von Dynamit und Abriss gesprochen im Gemeinderat. Die Grünen seien immer für den Erhalt bei einer vernünftigen, wirtschaftlichen Nutzung gewesen, die jetzt möglich werde. Er unterstreicht die Ausführungen StR Koleschs. Die Lösung bringe eine Aufwertung über Generationen hinweg für das gesamte Hospitalarchiv. Der Hospitalrat habe einer Lösung über ein Erbbaurecht auch schon zugestimmt.

StR Funk führt aus, die FDP sei schon immer für einen Erhalt und eine sinnvolle Nutzung gewesen. Er signalisiert die hundertprozentige Zustimmung der FDP-Fraktion. Mit der Lösung erhalte man das Hospitalvermögen, die Finanzierung sei durch Zuschüsse verantwortbar, wobei es sich auch hier um Steuergelder handle. Man müsse keinen Rechtsstreit mit dem Landesdenkmalamt führen und die dringend notwendige Archivunterbringung werde gelöst. Die vorgeschlagene kleine Lösung sei in Ordnung.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rote Bau wird auf der Grundlage des in der Vorlage beschriebenen Organisations- (Ziffer 3.3 von Drucksache Nr. 146/2013 - 1) und Finanzierungsmodells (Ziffer 5.3 von Drucksache Nr. 146/2013 - 1) saniert und im Jahr 2013 werden für Architekten- und Fachplanerhonorare außerplanmäßige Mittel von 100.000 Euro sowie eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung mit 100.000 Euro zur Verfügung gestellt.

TOP 9 Änderung des Bebauungsplanes "Hagenbuch" im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB
a) Prüfung der bei der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen
b) Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB

152/2013

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 152/2013 zur Beschlussfassung vor.

Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 23.09.2013.

Aufgrund der öffentlichen Vorberatung findet keine Diskussion statt und der Gemeinderat fasst ohne Aussprache einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die in Drucksache Nr. 152/2013 dargestellten Stellungnahmen der Verwaltung zum Vorbringen von Bürgern und Trägern öffentlicher Belange werden gebilligt und die Verwaltung ermächtigt, ihre Stellungnahmen den Vorbringern gemäß § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen als das Ergebnis der Prüfung ihrer Anregungen.**
- 2. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander wird der Bebauungsplan "Hagenbuch" in der Fassung des Deckblattes vom 09.10.2012, Index 3, nach § 10 BauGB in Verbindung mit § 4 GemO Baden-Württemberg als Satzung beschlossen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 158/2013 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde im Hauptausschuss am 19.09.2013 und im Bauausschuss am 23.09.2013 vorberaten.

BM Kuhlmann erläutert die Vorlage, mit der preisgünstige Wohnungen ermöglicht werden sollten. Gedacht sei an Reihenhäuser für Gesamtkosten von maximal 225 000 bis 250 000 Euro auf kleinen Grundstücken inklusive der Parkplatzkosten, also der Komplettkosten. Er vergleicht dieses Projekt mit dem Projekt vor 15 Jahren an der Rißegger Steige, das ein Erfolgsmodell mit sehr hoher Wohnzufriedenheit sei. Diese Überlegungen hätten zum aktuellen Projekt geführt. Er habe verschiedene Firmen angesprochen, die aufgeschlossen gegenüber der Idee seien. Es seien auch zwei Firmen dabei, die an der Rißegger Steige mitgewirkt hätten und man wende sich nur an Firmen aus der Region und keine klassischen Bauträger. Er betont, dass keine Standardreduzierungen geplant seien, weder akustisch noch energetisch.

StR Abele bezeichnet es als richtig, das Thema nach 15 Jahren wieder anzugehen. Es sei Gestaltung kommunaler Familienpolitik, wenn man die Rahmenbedingungen für entsprechende Projekte schaffe. Er mahnt, die Erfahrungen aus der Rißegger Steige, bei der nicht alles rund gelaufen sei, einfließen zu lassen und eventuell auch Gespräche mit einzelnen Eigentümern zu führen. Die Präsentation auf der ImmoMesse bezeichnet er als geeigneten Rahmen, da sie Strahlkraft über Biberach hinaus habe.

StR Lemli zeigt sich sehr erfreut über die längst überfällige Vorlage. Er meint, hätte man nach Abschluss der Rißegger Steige entsprechend weitergemacht, gäbe es heute mehr bezahlbaren Wohnraum. Immer mehr Biberacher könnten sich keine Wohnung oder Wohnraum leisten und gingen nach außerhalb. Man sei daher in der Verantwortung. Biberach sei in vielen Bereichen Vorzeigestadt, was auch in dieser Thematik der Fall sein sollte. Man müsse daher immer beachten, preisgünstiges Bauen zu ermöglichen und dürfe in entsprechenden Überlegungen nicht nachlassen.

StR Heinkele unterstreicht dies und meint, das Projekt werde sich auch auf den Mietwohnungsmarkt auswirken. Bei großem Erfolg könne man das Gebiet ausweiten. Er dankt dafür, dass das Thema in Angriff genommen werde und mahnt darauf zu achten, dass die Preisobergrenze von 250 000 Euro eingehalten werde.

StR Späh meint, das Baugebiet Rißegg Steige sei ein Erfolgsmodell gewesen und ein Nachfolgemodell positiv. Er bezeichnet es als wichtig, keine energetischen Einschränkungen zuzulassen. Positiv sei auch, dass örtliche Firmen zum Zug kommen sollten. Auch die Ausweitung auf weitere Hausgruppen sei wichtig, sollte der Bedarf größer sein, wovon die Grünen ausgingen. Man müsse darauf achten, immer eine bestimmte Anzahl entsprechender Bauplätze zur Verfügung zu haben.

StR Braig bemerkt, das Projekt zeichne sich durch klare Vorgaben aus und es sei ein sehr offenes, flexibles Verfahren vorgesehen, auf das die FDP-Fraktion sich freue.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Im Baugebiet Hochvogelstraße wird eine Bauzeile zum Bau von kostengünstigen Einfamilienhäusern einem oder zwei Bauträgern / Bauherrengemeinschaften zugeteilt.

**TOP 11 Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften
"Mittelbergstraße 5 - 9"**

161/2013

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 161/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 23.09.2013.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat bei einer Nein-Stimme (StRin Drews) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Entwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Mittelbergstraße 5 - 9", Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 914/41 vom 31.07.2013 Index 1 im Maßstab 1 : 500 mit Textteil und örtlichen Bauvorschriften nach § 74 LBO wird zur öffentlichen Auslegung gebilligt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 153/2013 zur Information vor.

StR Hagel führt aus, der Stadt gehe es gut. Alle Erwartungen seien positiv und allen voran die weiterhin gute Situation bei den Gewerbesteuereinnahmen. Als besonders erfreulich bezeichnet er die Unterschreitung der Personalausgaben. Die CDU-Fraktion sei auch weiterhin bereit, bei derart stabiler Haushaltslage die Risikovorsorge zu betreiben. Er äußert Freude und Demut angesichts des Quartalsberichts.

StRin Kübler meint, es sei die Tendenz einer sehr erfreulichen Haushaltslage ablesbar. Abweichungen gebe es nur hinsichtlich Mehreinnahmen oder Wenigerausgaben. Sie fragt nach den Zuschüssen für die Mehrzweckhalle Mettenberg und bittet die Sorge um die höheren Ausgaben für die Stadtwerke Biberach näher zu erläutern.

StR Zügel äußert sich erfreut über die hohen Einnahmen aus der Gewerbesteuer und dass sie bisher nicht zu Wahlgeschenken geführt hätten. Er bezeichnet die Risikovorsorge als wichtig, da die generellen Tendenzen von sinkenden Zuschüssen und deutlich niedrigeren Zinseinnahmen berücksichtigt werden müssten. Überdies habe man unverändert viele Großprojekte in der Pipeline.

StR Späh würdigt die positive Haushaltsentwicklung. Betrüblich stimmten die steigenden Vergnügungssteuereinnahmen, da dies mehr Spieler bedeute und damit eine zunehmende Gefahr der Spielsucht. Als positiv bezeichnet er den Wenigerbedarf bei den Personalausgaben. Die Senkung der Kreisumlage komme auch der Stadt zugute, was mit den geringeren Krankenhauskosten zusammenhänge. Etwas betrüblich seien die sinkenden Landeszuschüsse, insbesondere für die Turnhalle in Mettenberg. Was das Räumliche Bildungszentrum betreffe gehe man nur von einer Verschiebung aus. Auch er bittet die Auswirkungen durch die Stadtwerkeentwicklung darzulegen. Angesichts des labilen Umfeldes könne man Biberach als Insel der Seligen bezeichnen.

StR Funk führt aus, hohe Festgeldkosten seien richtig. Falsch sei dagegen, dass dies an Grundsteuereinnahmen von über 6 Mio. Euro liege, die aus einer Grundsteuererhöhung resultierten. Er meint, alle Bürger sollten am Wohlstand teilhaben, weshalb die Grundsteuererhöhung aus dem Jahr 2010 zurückgenommen und der Satz auf 200 vom Hundert ab dem Jahr 2014 festgelegt werden sollte. Er stelle diesen **Antrag** jetzt, da schon viele Pfeiler zum Haushalt gesetzt worden seien.

Dass 2013 kein Zuschuss für die Mettenberger Halle vom Land zugesagt worden sei, begründet Frau Leonhardt mit dem begrenzten Volumen für die Sportförderung im Land. Für das Räumliche Bildungszentrum rechne man mit Zuschüssen in den Jahren 2014 folgende.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

TOP 13 Bekanntgaben - 10 Jahre StR Lemli

OB Zeidler führt aus, StR Lemli könne auf 10 Jahre Mitgliedschaft im Gemeinderat zurückblicken. Er dankt ihm hierfür herzlich namens des Gemeinderats und der Bürger. Besonders eingesetzt habe er sich für die kommunale Kriminalprävention. Seit 2004 sitze er auch im Kreistag und sei hier bei der letzten Wahl der Stimmenkönig gewesen. Er hoffe noch auf viele Jahre konstruktiver Zusammenarbeit.

TOP 14.1 Verschiedenes - Anträge der CDU-Fraktion

StR Abele spricht den Antrag der CDU-Fraktion zur Abhaltung einer Bürgerversammlung an und meint, dieser müsse bald ins Gremium eingebracht werden, da das Thema äußerst wichtig sei. Eine energiepolitische Initiative habe die CDU-Fraktion bereits im Frühjahr angestoßen, seither habe sich aber nichts getan.

OB Zeidler kündigt an, den Wunsch aufzugreifen und auf die Tagesordnung zu nehmen. Er bitte jedoch um Nachsicht, dass sein Kalender im November nur noch zwei freie Abende außer dem Sonntag habe. Man werde daher zeitnah im Januar oder Februar eine Bürgerversammlung avisieren. Das Thema werde in der nächsten Gemeinderatssitzung öffentlich behandelt.

TOP 14.2 Verschiedenes - Bahnübergang Hans-Liebherr-Straße

StR Abele fragt, ob die Schließzeiten beim Bahnübergang in der Hans-Liebherr-Straße verkürzt werden könnten. Dies solle nicht zulasten der Sicherheit gehen, bei Zügen aus Richtung Süden seien die Schließzeiten jedoch wesentlich kürzer als bei Zügen aus Richtung Norden.

TOP 14.3 Verschiedenes - Malecke im Rathaus

StRin Kübler überreicht OB Zeidler das Buch "Paul und das Mäuseglück" und lässt wissen, im Rahmen der Interkulturellen Wochen sei thematisiert worden, dass im Rathaus eine Malecke für Kinder fehle.

Gemeinderat, 30.09.2013, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: OB Zeidler

Stadtrat: Hagel

Stadträtin: Goeth

Schriftführerin: Appel

Gesehen: EBM Wersch

Gesehen: BM Kuhlmann